



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Stimmung vor dem Frieden.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Stimmung vor dem Frieden.

Wie eine Windsbraut fuhr der Krieg über die deutschen Länder, er schüttete seinen ebernen Hagel auf die Fluren, ehe wir es gedacht, und er ist vorübergerauscht, weit schneller, als wir geahnt. Aus den zerstampften Halmen der Schlachtfelder hebt schüchtern der junge Friede sein rosiges Antlitz. Vier Wochen lebten wir unter dem Zwang der größten und furchtbarsten Ereignisse, welche je die Seelen der Menschen bewegt haben; wie ein Traum, wie eine Verzauberung war diese Zeit, wir schauen erstaunt um uns in eine veränderte Welt.

Das deutsche Volk ist in der Lage eines armen Kindes, welches plötzlich hört, daß heut Geburtstag sei und zugleich einen großen zugebundenen Beutel als Angebinde in seinem Schoße sieht. Ueberrascht und getheilt zwischen Freude und Schreck zieht es an den Schnüren, aber zugleich regt sich heimlicher Wunsch und Begehrlichkeit, seine Gedanken fliegen über alles weg, was die Augen schauen, und es hofft eine noch nicht sichtbare Fülle von Schätzen, die es sich lange ersehnt hat. So sieht der Deutsche verwundert die zahlreichen Schilderhäuser von Hessen-Kassel mit neuer schwarzer und weißer Farbe gestrichen, er schaut das Blechkreuz am Czako der Landwehr auf den Straßen sächsischer Städte, er hört, daß der Höhenrauch, der im Frühlinge aus den Mooren Ostfrieslands aufsteigt, ein preussischer Nebel werden soll. Und er beginnt sogleich, wenn er ein echter Deutscher ist, kritische Musterung über den vorhandenen Hausrath seines Lebens und sucht, wie weit er zu der neuen Habe passe. Manches, was ihm lange Zeit für eisenfest gegolten hat, ist plötzlich hinfällig geworden.

Er findet unter anderem, daß die Thaten und Leiden des letzten Monats allen Landkarten Deutschlands dringend eine Rectification auferlegen. Schon in den letzten Wochen war der Patriot mit diesem Zweig höherer Industrie unablässig unzufrieden, der beste Atlas bot ihm vielleicht nicht die Dörfer Sadowa

und Ohlum, welche sein Auge ängstlich suchte, jetzt ist dem deutschen Zeitungsleser stolze Befriedigung, daß in den nächsten Wochen von Paris bis Neuholland tausend Pinsel in den Farbenmuscheln rühren müssen, um die neuen Grenzlinien zu illuminiren. Die Karte von Deutschland war bisher für alle Völker der civilisirten Welt ein unverständliches Problem, es erhielt nach Aufwand aller Farben dasselbe bunte Aussehen, welches unsere Großmütter den Bettdecken ihres ehrbaren Lagers durch Zusammennähen verschiedenfarbiger Seidenlappen zu geben wußten; es machte das Studium deutscher Geographie zu einer verzweifelten Aufgabe für fremde Culturvölker, die Franzosen verzichteten gänzlich darauf, das Geheimniß unserer Landesnähte zu erforschen, die Engländer hielten sich über das Unfaßbare durch die ironische Generalbezeichnung *fatherland* weg. Nun, die ironische Stimmung hat dort gänzlich aufgehört, und der vielhundertjährige Uebelstand soll jetzt in der Hauptsache auf einmal getilgt sein. Nicht ganz; einige Buntscheckigkeit wird uns verstattet, aber der Tuschkasten, den man von jetzt an braucht, wird unvergleichlich kleiner sein, fast nur Schattirungen derselben Farbe, und im Süden einiges, was wir noch nicht zu coloriren wissen.

Kein Wunder, wenn die Landäleute unserer Partei sich freuen wie Kinder, sie sind auch wie die Kinder behandelt worden. Man hat sie wenig gefragt; in den böhmischen Bergen ist das Schicksal Deutschlands von zwei großen Herren ausgefochten worden, und ein guter Theil dessen, was das deutsche Volk in langen Jahrhunderten seiner geschichtlichen Existenz nicht durchzusetzen vermochte, ist in den acht Tagen vom 25. Juni bis 3. Juli möglich geworden.

Es war Heldenarbeit. Aber sie wurde gethan nach dem großen Plane Einzelner, welche kalt oder feindlich der öffentlichen Meinung gegenüberstanden, sie wurde ausgeführt durch den Gehorsam und die tüchtige Kraft des preussischen Heeres, nicht nach Wunsch und Willen des preussischen Volkes. Die Deutschen außerhalb Preußens, das gesammte übrige Europa blickten besorgt oder mißtrauisch, mit Kummer oder Abneigung auf die ersten Schritte der kühnen und rücksichtslosen Politik, deren Erfolge wir jetzt als den größten Fortschritt empfinden, welchen die deutsche Sache seit 1813 gemacht hat. Ja in vieler Beziehung als einen weit größeren. — Denn wie urtheilte das deutsche Volk darüber vor der Ausführung? Die Schützen sahen besorgt auf ihre Feststugen, die Tenöre schrien gellende Klagen und die Wäße murmelten Fluch, die Turner dachten zornig ihrer Urkraft, wenn sie die Riesenwelle schlugen. Aber es war nicht nur der Strom der Tagesstimmungen, welcher gegen die preussische Regierung aufrauschte. Auch wer die Bedeutung und Macht Preußens warm im Herzen trug, hatte nur zu guten Grund, die waglustige und rücksichtslose Politik der letzten Jahre ungünstig zu beurtheilen, wenn er die innern Zustände Preußens betrachtete, das System der Regierung, den erbitterten Kampf der

Parteien. Was durch Preußen in diesen Wochen geschehen ist, wurde durchgesetzt auch gegen den deutschen Liberalismus. Der Weg und die Mittel war nicht nach den Grundsätzen und dem Rüstzeug unserer Partei gewählt und die Liberalen haben so lange, bis der Kampf unvermeidlich wurde, ihre Pflicht gethan, indem sie auf die Gefahr desselben hingewiesen.

Zwei Wege lagen bei der Thronbesteigung Königs Wilhelm offen, den deutschen Bundesstaat unter Preußen mit Ausschluß Oestreichs zu bilden. Auf unserer Seite ein freisinniges und höchst gerechtes Regiment im Innern, Zusammenwirken mit der Opposition in den Kammern der Mittelstaaten, zäher Kampf gegen die Beschränktheit ihrer Regierungen auf dem Gebiet der Verkehrsinteressen, friedlicher Fortschritt durch Separatverträge, endlich der entscheidende Krieg mit Oestreich in einer Zeit, wo unter preußischer Begünstigung die nationale Opposition der Mittelstaaten stark genug war, einen bestimmenden Einfluß auf die Bevölkerung auszuüben. Dies war der Weg, den die letzten patriotischen Staatsmänner Friedrich Wilhelm des Dritten eingeschlagen hatten, er war durch mehre Anläufe der preußischen Politik gebahnt, er war langwierig, forderte viel Resignation und zähe Ausdauer, aber er war in seinem letzten Resultat unwiderstehlich. Und dies Resultat war: der Nation die Mittelstaaten und Oestreich zu verleiden, indem man die gesammte Intelligenz und die gesammten höchsten Interessen der Völker an sich fesselte. Es war der Weg, wie ihn eine Partei, welche auf das Zusammenwirken vieler wohlgemessener Kräfte angewiesen ist, allein anschlagen kann. Sie darf den persönlichen Willen des Einzelnen, welcher die großen Zielpunkte und die Mittel dafür aus seinem eigenen Wesen holt, nicht in Rechnung ziehen, denn ihr Grundsatz muß sein, in vielen die Erkenntniß des Bessern zu bereiten und den Willen vieler einträchtig auf ein Ziel zu richten.

Nicht dieser Weg hat uns zu einem großen Erfolge geführt, sondern das selbstwillige Eintreten weniger Persönlichkeiten, welche das Vertrauen des Königs von Preußen gewannen und die großen Mittel des Staates entschlossen zu verwenden wußten. Es ist natürlich, daß das gewonnene Resultat dem Wege entspricht, auf dem es gewonnen wurde, es ist eine Eroberung Deutschlands für Deutschland durch ein deutsches Heer, nicht durch den Enthusiasmus der gesammten Nation; es ist ein Sieg der Preußen, noch nicht ein Triumph der Deutschen; es ist mit all den Zufälligkeiten behaftet, welche den Beschlüssen Einzelner anhängen, und es ist zum Theil noch jetzt dem Zufall persönlicher Stimmungen ausgesetzt.

Die Gefahren des Krieges sind glorreich überwunden, die Schwierigkeit der Neubildung noch nicht. Auf ungewöhnlichem Wege sind große Resultate erreicht, für die Sicherung derselben ist die gute Meinung und Mitwirkung des deutschen Gewissens und der Patrioten nicht zu entbehren.

Wie bei jeder menschlichen Arbeit, gilt auch in der Politik, voll und warm zu thun, was man beginnt. Es ist jetzt unnütz geworden, den Weg zu kritisiren, auf welchem wir zu den böhmischen Schlachtfeldern und zum Frieden gekommen sind, wir vermögen an der Richtung, welche die preußische Politik für Deutschland eingeschlagen hat, in der Hauptsache nichts zu ändern, aber wir vermögen diese Politik zum allgemeinen Besten zu fördern. Unsere Aufgabe ist jetzt, dies mit Eifer und Hingabe zu thun. Was der Frieden festsetzt, den wir nicht dictiren und nicht beeinflussen, muß die Grundlage werden für jede fernere Thätigkeit der nationalen Partei. Und solche Thätigkeit ist jetzt nur möglich, wenn wir die uns sichtbaren Zielpunkte Preußens unterstützen, und wenn wir uns die Beschränkungen gefallen lassen, welche sie zur Zeit unsern Wünschen auferlegt. Uns bleibt in Wahrheit keine Wahl, als im Sinne und im möglichsten Einvernehmen mit Preußen zu handeln, und wo wir Wunsch und Forderung erheben müssen, darüber zunächst mit der preußischen Regierung Verständigung zu suchen. Unsere Mitwirkung vermögen wir jetzt nach zwei Richtungen zu erweisen, in den Parlamentswahlen und in unserer Haltung gegen die süddeutschen Nachbarn.

Der leidenschaftlich aufgeregten Theilnahme erscheint bereits unerträglich, die Hand in den Schoß zu legen und schweigend dazusitzen, während über Gegenwart und Zukunft entschieden wird. Wir wissen nicht, welche Erwartungen Graf Bismarck von der Volksvertretung des neuen Bundesstaats hegt und welche Aufgabe er ihr dabei zutheilt. Hier und da wird von officiellen Blättern gemeldet, daß Vorbereitungen für die Wahlen im Gange sind, und wohl nicht ohne Absicht wird darauf hingewiesen, daß in dem Parlament auch das Volk seinen Antheil an der Neugestaltung Deutschlands erhalten solle. Deshalb ist in Wahrheit sehr wünschenswerth, daß überall nicht nur von der Administration, noch mehr von der nationalen Partei die stille Vorbereitung zu den Wahlen getroffen werde.

Aber wer die Stimmungen in den außerpreussischen Ländern zunächst nördlich vom Main unbefangen mustert, der wird sich ernstest Bedenken nicht entschlagen über die Resultate solcher Wahlen, welche schon in den nächsten Wochen erfolgen sollten. Vor dem Kriege stuhete die öffentliche Meinung stark gegen Preußen, wenigstens gegen das herrschende System, die innern Conflictte des Staates boten allen Particulartendenzen willkommene Handhabe zur Beurtheilung des ganzen Staatsbaus. Und sehr behaglich war dem Bewohner eines politischen Kleinbaus die Annahme, daß seinem Nachbar im großen Hause die Wände geborsten wären und der Regen durch das zerstörte Dach in das Lager rinne. Gern hörte er, daß es in seinem engen Hause besser sei. Denn seit den Erfahrungen des Jahres 1848 waren die Regierungen flug beflissen, einen Localpatriotismus groß zu ziehen. Jede Gelegenheit wurde benutzt, sich dem Bür-

ger und Bauer huldreich und besorgt für sein Interesse zu erweisen, die Localgeschichte erhielt in den Lehrbüchern der Volksschulen und in der Bildung der Elementarlehrer eine bedeutsame Stelle. Durch diese Mittel, gute und bedenkliche, wurde zumal dem heranwachsenden Geschlecht, ein Stammes- und Pietätsgefühl imprägnirt, welches jetzt bereits in Blüthe steht. Dies Gefühl hat nach Besetzung Hannovers und Sachsens durch die Preußen noch viele hundert Beurlaubte und Reservisten veranlaßt, dem ausgewanderten Heere nachzuziehen, es bewirkte häufig einen geheimen Widerstand des Volkes gegen die Occupationstruppen, der sich täglich in kleinen Zügen, von Bevorzugung der österreichischen Gefangenen bis zum Abreißen preußischer Placate, verrieth. Diese Stimmung der Massen ist zur Zeit noch wenig geändert. Anders freilich steht es bei der kleineren Zahl, welche sich über ihre politischen und Verkehrsinteressen ein selbständiges Urtheil zu bilden vermögen. Die plötzliche Kraftentwicklung, die ungeheuern Erfolge haben erschreckt, betäubt, fortgerissen, auch die Gedanken der Einsichtigen anders gerichtet, neben widerwilliger Achtung ist Bewunderung und Vertrauen zu der Zukunft Preußens in vielen Tausenden erwacht. Aber auch in der Classe der Leitenden ist dieser Proceß keineswegs so weit fortgeschritten, daß Wahlen, welche schon jetzt in Sachsen oder Hannover ausgeschrieben werden, nur feste Anhänger des Bundesstaates in die neue Volksvertretung entsenden würden. Es käme wenig darauf an, ob die Wahlen Minoritätswahlen würden, wie einst zu dem erfurter Parlament; denn das Preußen, welches jetzt den Schutz dieser Versammlung bildet, steht weit anders zu Deutschland und Europa, als das Preußen des Herrn v. Radomig. Gefährlich aber würde der Fall, wenn auch die Gegner des Bundesstaates sich stark bei den Wahlen betheiligten. Denn es ist anzunehmen, daß diese zur Zeit in nicht wenigen Wahlkreisen die Majorität erhalten würden.

Nun liegt es im Wesen jeder parlamentarischen Versammlung, daß die Mitglieder die Befugnisse derselben hoch fassen; auch würde bei nicht wenigen Separatisten das Parlament den innern Belehrungsproceß zeitigen. Dennoch wäre noch zu fürchten, daß Preußen in dem Parlament selbst eine zwiefache Opposition fände. Zunächst der Particularisten. Dann der eifrigen Nationalen, welche dem liebgewordenen Satz: das ganze Deutschland soll es sein, auch unter den gegebenen Umständen nicht entsagen wollten. Es ist aber nothwendig, daß die Verhandlungen dieser neuen Körperschaft einen Eindruck machen, welcher der Größe des Moments würdig ist.

Für die zahlreichen Unsicheren, welche noch zwischen gemüthlicher Neigung zu der alten Zeit und zwischen gerechter Würdigung der neuen schwanken, ist vor allem nöthig, daß sie zuvor erfahren, was aus der politischen Existenz ihres eigenen Staates geworden ist. So lange die Sachsen, Hessen, Hannoveraner, Nassauer und andere unsicher sind, ob sie in ihrem bisherigen Staatsverband

oder als Preußen in die neue Nationalversammlung treten werden, ist ein gutes Wahleresultat und vielleicht die Haltung der Gewählten zweifelhaft. Die Wahlen werden im Sinne der preussischen Regierung, d. h. des Bundesstaats, fast in allen diesen Territorien besser ausfallen, wenn die Wähler von ihrer Vergangenheit geschieden sind, oder die Ueberzeugung haben, daß ihre Wahl und Abstimmung nicht durch die Entscheidungen der nächsten Zukunft compromittirt werde.

Aber auch wenn diese Unsicherheit beendet ist, darf das Parlament nicht in der Weise ein constituirendes werden, wie die Nationalversammlung von 1848 war. Nicht weil die Talente und der Patriotismus geringer sind, als sie vor achtzehn Jahren waren, im Gegentheil, wir haben in dieser Zeit manches gelernt und das Urtheil über praktische Fragen ist unvergleichlich sicherer geworden. Aber die preussische Regierung hat diesmal mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie ist gegenwärtig trotz ihrer innern Politik bis zu gewissem Grade volksthümlich geworden in Preußen und außerhalb, weil sie große Kraft erwiesen hat und große Ziele verfolgt, aber sie ist keine parlamentarische Regierung, d. h. hat auf keine fest zu ihr stehende Majorität zu vertrauen, nicht einmal unter den preussischen Abgeordneten. Was sie dem deutschen Volk bietet, ist in Wahrheit eine sehr große Gabe; aber dies Geschenk ist nur möglich geworden durch politische und diplomatische Compromisse, deren unvermeidliche Nothwendigkeit den gewählten Volksvertretern unbekannt ist; diese kommen mit lieb gewordenen idealen Forderungen und haben den natürlichen Eifer, diese zu realisiren, die meisten sind geneigt, um so mehr zu fordern, je weniger sie die Opfer und Anstrengungen kennen, welche die Erreichung des Mindern gekostet hat. Es wird also im Interesse der preussischen Regierung liegen, weitergehende volksthümliche Forderungen, welche sie zu befriedigen zur Zeit außer Stande ist, klug zu beschränken, und wenn sie nicht etwa wünscht, durch dieselben gedrängt zu werden, dies Drängen möglichst zu verhindern. Sie wird deshalb wahrscheinlich dem neuen Parlament einen in der Hauptsache fertigen Verfassungsentwurf vorlegen, in welchem Umfang des Vereinsgebietes und Kompetenz des Parlaments genau bestimmt sind. Da der Plan, welchen Preußen im Juni den deutschen Regierungen mittheilte, durch die Ereignisse zum Theil hinfällig geworden ist, wird die Vorlage eines neuen Entwurfs unvermeidlich werden.

Für eine solche neue Vorlage würde wieder die Beistimmung der verbündeten Regierungen einzuholen sein und obgleich die Zahl derselben wesentlich vermindert ist, wird doch auch bei den gebliebenen, z. B. den beiden Mecklenburg, diese Beistimmung nicht in kürzester Frist durchzusetzen sein.

Deshalb ist vor dem Spätherbst schwerlich die Einberufung des Parlaments zu erwarten. Dann ist der Friede geschlossen, auch mit den süddeutschen Staaten, die dynastischen Fragen sind in der Hauptsache erledigt, und das Chaos, in

welchem die Zukunft der Deutschen wogt, wenigstens so weit erhellt, daß wir den Körper des neuen Bundesstaates zu erkennen vermögen.

Die Vorsicht, welche durch die officiellen Blätter gegen Süddeutschland empfohlen wurde, ist leicht begreiflich, auch über die letzten Wünsche der preussischen Regierung wird man nicht im Zweifel sein. Für uns, die wir nicht diplomatische Verpflichtungen haben, und nicht vermeiden dürfen, einer allgemeinen Forderung Ausdruck zu geben, steht diese große Angelegenheit doch so, daß wir ruhig abwarten müssen, was die Süddeutschen selbst thun. Sie haben die Initiative zu ergreifen, sie zuerst mögen ihre Regierungen und sich selbst berathen. In Bayern, in Württemberg, selbst in Baden hat das Volk in einer Weise, welche zu vergessen schwer wird, den Krieg gegen Preußen gefordert, es war bei diesem Kriegsgeschrei eine Ueberschätzung der eigenen Kraft, ein Verkennen der eigenen Interessen und trotz aller Versicherungen vom Gegentheil ein Mangel an deutschem Sinn, der uns jetzt eine vorsichtige Zurückhaltung auferlegt. Es ist wahr, die Kriegsführung hat ihnen die Unsicherheit ihrer Herren die Schwäche der militärischen Führung und die Unhaltbarkeit der alten Formen ihrer politischen Existenz sehr nahe gelegt, aber noch wissen wir nicht, wie tief diese Erkenntniß gedrungen ist; wenn einzelne Volksversammlungen resignirte Beschlüsse fassen, wenn verständige Correspondenten der besseren Blätter jetzt in unserem Sinne schreiben, so giebt das keinen Maßstab für die Temperatur in der großen Masse des Volkes, noch weniger für die Fügsamkeit ihrer Regierungen. Die ultramontane Partei ist rührig, Oestreich und das Ausland werden es nicht an stiller Gegenwirkung fehlen lassen; die herzliche Mahnung, welche wir senden können, daß sie zu uns gehören, ist vor dem Kriege von ihnen mit Zorn zurückgewiesen worden, sie wird auch jetzt nicht die öffentliche Meinung richten. Nicht wir haben uns von ihnen geschieden, und nicht die preussische Regierung hat dies jetzt unternommen, sie selbst haben sich das gefordert. Es ist nur billig, daß ihnen jetzt freigestellt wird, sich an Oestreich anzuschließen oder mit einander eine dritte Großmacht zu bilden. Das war seit Jahren ihr eifriger Wunsch, wir wollen doch zuwarten, bis die Gewährung ihnen selbst fürchterlich erscheint. Es scheint, daß die Mittel, welche von anderer Seite angewandt werden, ihnen ihre Gefahr fühlbar zu machen, weit wirksamer sind. Die harte Behandlung Frankfurts, welche sich zuletzt wohl nur als eine strenge Drohung erweisen wird, hat die Folge gehabt, daß die württembergische Regierung sich beeilte, die ausgeleerten Räume in den preussischen Zeughäusern der Hohenzollern still wieder zu füllen, und daß sämmtlichen Nachbarn im Süden Ernst und Gefahr eines Krieges sehr eindringlich wurden. Die Errichtung von Zollhäusern an der Mainlinie wird ein zweites Mittel sein.

Was soll die preussische Regierung sonst thun? Soll sie im Friedensschluß von Bayern und Württemberg fordern, ihrer Militärhoheit zu entsagen? und wenn

beide Regierungen zur Zeit nicht wollen, soll Preußen einen neuen europäischen Krieg darum beginnen, um zuletzt im glücklichen Fall nicht nur Haß und Widerwillen der Dynastien, auch Haß und Widerwillen der Völker gegen sich zu steigern? Mögen sie so frei sein, als sie können, und wenn sie diese Freiheit für ein Unglück halten, mögen sie das selbst ihren Regierungen und uns bewähren, nicht durch vereinzelte Stimmen, sondern durch die That.

Unterdeß beweist das Ministerium Mathy in Baden und die preußischen Verhandlungen mit der badischen Regierung, denen voraussichtlich ein ähnlicher Pact mit Hessen-Darmstadt folgen wird, sehr deutlich, daß Preußen jeden Augenblick seiner Pflicht gegen den Süden gedenkt. Das Uebrige können wir ruhig der Zeit überlassen.

Anderß als in Italien vollzieht sich die Wiedergeburt Deutschlands. Dort hatte Fremdherrschaft den nationalen Stolz bis zur höchsten Leidenschaft aufgeregert, und die Regierung des einzigen lebensfähigen Kleinstaates in Italien benutzte das flammende Nationalgefühl, um unter dem Schutz und mit den Heeren einer auswärtigen Macht die fremden Dynastien zu vertreiben, die italienischen Landschaften zu einer Einheit zu binden. Die hohe Begeisterung des italienischen Volkes war dort die wirksamste Hilfe zur Gründung eines Großstaats, sie vermochte doch nicht eine tiefe nationale Demüthigung abzuwehren. Landgebiet, das durch Jahrhunderte mit Italien verbunden war, mußte an das verbündete Frankreich abgetreten werden. In Deutschland wurde der erste große Schritt zur Vereinigung auf entgegengesetztem Wege gethan. Ohne jeden Enthusiasmus des Volkes, ohne Hilfe des Auslandes, ja, beargwöhnt von dem gesammten Europa, unternahm ein deutscher Staat die Unterwerfung und Vereinigung der übrigen. Aber dieser Staat umfaßte weit mehr als die Hälfte der deutschen Bürger, er war in der That schon seit langen Jahren in den größten realen Interessen der Führer und Vertreter des ganzen Deutschlands gewesen. Was er durch Gewalt durchsetzte, war Anerkennung der Obmacht, welche er seiner Bedeutung nach über die übrigen entweder ausübte oder auszuüben berechtigt war. In Italien ist durch eine Erhebung des Volkes ein Großstaat geschaffen worden, in Deutschland sind durch die militärische Zucht eines großen Staats die Regierungen der einzelnen Landschaften zu politischer Einheit bekehrt worden. Sehr verschieden waren die Wege zur Einheit, der Segen wird, so hoffen wir, für den Deutschen darum nicht geringer sein, als für die Verbündeten im Süden der Alpen.